

Münchener Sicherheitskonferenz 2019

Alexander Neu

Die diesjährige Münchener Sicherheitskonferenz (SiKo) stellte eine Fortsetzung dessen dar, was seit einigen Jahren zu beobachten ist: Aus der reinen Selbstvergewisserungsveranstaltung des „Wir sind die Guten – der Rest der Welt hat sich unseren Vorstellungen unterzuordnen“ wurde eine intra-imperialistische Krisenmanagementveranstaltung der westlichen Ideologie- und Interessengemeinschaft. Die für die EU-Kohäsion gefährlich werdende nationale Interessenpriorisierung einiger EU-Mitgliedsstaaten (BREXIT, Polen oder Italien) sowie die wachsende Kluft zwischen den USA, der EU und einzelnen europäischen Staaten macht sich für die verbliebenen „Hüter“ der westlichen Welt besorgniserregend bemerkbar.

Der aktuelle Konflikt zwischen den USA/dem Westen und der Russischen Föderation um den INF-Vertrag spielte erstaunlicherweise angesichts der Selbstbeschäftigung des Westens ebenso eine untergeordnete Rolle wie der Konflikt mit dem Iran, mit Syrien oder die Rede eines hochrangigen Mitglieds des chinesischen Politbüros. Dass all diese Konflikte sowie die damit verbundenen und auf der SiKo anwesenden nicht-westlichen Akteure irgendwie in den Hintergrund getreten sind, ist ein Indiz für die Tiefe der innerwestlichen Krise. Kein Wunder: Die vom Westen geschaffene und glorifizierte „liberale Weltordnung“ wird nicht mehr nur von nicht-westlichen Staaten infrage gestellt, sondern auch von westlichen Staatenlenkern – allen voran US-Präsident Donald Trump.

Merkel versus Pence

Das Highlight der SiKo war sicher der indirekte Schlagabtausch zwischen Bundeskanzlerin Merkel und US-Vizepräsident Pence. Ganz undiplomatisch forderte Pence unverhüllten Gehorsam und eine klare Unterordnung der europäischen NATO-Staaten gegenüber den USA hinsichtlich eines „robusten Vorgehens“ gegen den Iran. In einem an das nordkoreanische Regime erinnernden Vokabular prophezeite Pence, „zusammen [gemeint unter Führung der USA – A.N.] beweisen wir jeden Tag, dass wir der freien Welt eine strahlendere Zukunft bereiten können als je zuvor“. Darüber hinaus drohte er Deutschland, es müsse endlich das deutsch-russische Pipelineprojekt North Stream 2 beenden, da ansonsten die USA die Sicherheit Europas nicht mehr garantieren könnten. Zudem drohte Pence mit

Sonderzöllen gegen deutsche Autoexporte in die USA, da sie wieder einmal die „nationale Sicherheit“ der USA gefährdeten. All diese klaren Ansagen des Führers der „freien Welt“ ließen selbst gestählte deutsche Transatlantiker unter Rechtfertigungsdruck geraten, die deutsch-US-amerikanische Freundschaft hochzuhalten. Dominante Anweisungen aus Washington verkraften Transatlantiker in der Regel ganz gut – betteln mitunter auch darum. Das erkennt man an Aussagen wie „die USA müssen wieder Führungsstärke beweisen“. Aber, und darauf legt man in Deutschland viel Wert: Anweisungen bitte mit der richtigen Etikette, sodass das Unterwerfungsverhältnis in der Öffentlichkeit nicht so deutlich wird.

Einen Trost gab es für die Transatlantiker aus Politik und Medien: Der US-Kongress war in einer bis dahin nie dagewesenen Größe auf der SiKo präsent, sodass Hardcore-Transatlantiker wenigstens darauf verweisen konnten, es gebe eben auch ein „anderes Amerika“. Ganz so als sei Donald Trump vom Himmel gefallen und nicht Ausdruck sich verändernder gesellschaftlicher Entwicklungen in den USA.

Kanzlerin Merkel spielte hingegen das *good girl*, zumindest in den Augen der deutschen Teilnehmer und des deutschen Kapitals: So verteidigte sie die Export- und somit Profitinteressen der deutschen Autokonzerne: „Wir sind stolz auf unsere Autos. Das dürfen wir ja auch“, und erhielt tosenden Applaus, vor allem aus den Reihen der deutschen Zuhörer.

Merkel lobte überschwänglich den Multilateralismus – sei es hinsichtlich der Konfliktlösung mit dem Iran oder bei der generellen Umgestaltung der Welt. Dass ihre Äußerungen in scharfem Kontrast zur operativen Außen- und Sicherheitspolitik Berlins stehen, störte weder sie noch das Auditorium. Denn auch die am Iran-Deal hängenden Europäer wollen das Abkommen um neue Aspekte ergänzen: iranische ballistische Raketen und der Einfluss Irans in der Region, insbesondere in Syrien, das gehe gar nicht. Eine Machtprojektion in andere Regionen und Räume ist selbstredend nur dem Westen gestattet.

„Regelbasierte Ordnung“ statt Völkerrecht

Damit sind wir beim Multilateralismuskonzept des Westens: Auffällig ist, dass Begriffe wie Völkerrecht, UNO und UNO-Charta nahezu vollkommen aus dem politischen Vokabular verschwunden sind. Stattdessen erobert der Begriff der „regelbasierten Ordnung“ das Vokabular in Politik und Medien. Das hört sich zunächst gut an. Wer will schon keine Regeln und keine

Ordnung? Eine Staatenanarchie ist nicht wünschenswert. Also suggeriert die „regelbasierte Ordnung“ eine gewissermaßen rechtsstaatlich orientierte internationale Rechtsordnung. Und natürlich muss der noch so in sich zersplitterte Westen darin die Führungsrolle übernehmen, zumal der UN-Sicherheitsrat für die Verfolgung westlicher Interessenpolitik nicht mehr so richtig taugt. Diese Wortkreation der „regelbasierten Ordnung“ ist nichts weniger als der Versuch, das universelle und moderne Völkerrecht zugunsten einer vom Westen neu zu installierenden europäischen und globalen Ordnungsvorstellung zu ersetzen. Die „liberale Weltordnung“ oder die „europäische Friedensordnung“ stehen als Begriffe und Konzepte für die „regelbasierte Ordnung“, die in ihrer Konsequenz asymmetrische Ordnungsvorstellungen bedeuten, in der der Westen seine Dominanz stabilisieren will.

Aber diese westlichen, imperialen Vorstellungen gehen an der realen globalen Entwicklung vorbei. Die Welt befindet sich in einem Interregnum: Die unipolare Weltordnung ist Geschichte. Die multipolare Ordnung ist im Entstehen – wenn auch deren konkrete Architektur noch nicht abschließend erkennbar ist. Wolfgang Ischinger, Veranstalter der SiKo, nutzte die Metapher des „Puzzle“ zur Beschreibung einer sich auflösenden Weltordnung. Das ist sicher richtig. Der Glaube jedoch, der Westen könnte dieses Puzzle unter seiner Hegemonie wieder zusammenfügen, wie so manche Teilnehmer hofften, halte ich für illusionär. Multipolare Realitäten erfordern multipolares Denken und vor allem Handeln, also kooperatives Miteinander statt einer konfrontativen Restauration der unipolaren Weltordnung. 🌐



Dr. Alexander Neu

geb. 1969, seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Fraktion DIE LINKE, Obmann im Verteidigungsausschuss und Osteuropabeauftragter seiner Fraktion

alexander.neu.mdb@bundestag.de

ERRATUM

Erratum

Im Heft 149 wurde in dem Artikel „Unabhängigkeit für Kanaky-Neukaledonien?“ auf S. 61 ein Foto von der Redaktion eingefügt, das nicht das Volk der Kanak abbildet. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Die Redaktion